„Der Nationalismus muß revolutionär sein!"

Hugenberg an die Jugend

Mülheim (Ruhr), 17. Juli. Dr. Hugenberg sprach hier anläßlich einer deutschnationalen Jugendkundgebung auf der Rennbahn Raffelberg. Er führte u. a. aus: Auf die sichere Gefahr hin, meiner Partei damit zu schaden — nur an die Sache denkend —, habe ich 1929 im Kampfe um den Youngplan der damals noch kleinen nationalsozialistischen Partei die Hand gereicht. Deutscher Nationalismus muß den Vorrang vor deutschem Individualismus haben, das ist der Satz, in dem ich mit dem Nationalismus völlig übereinstimme und bei dessen Durchkämpfung ich jeden Bundesgenossen willkommen heiße. Das sind vor allem die nationalen Jugendorganisationen. Ohne Jugend keine Macht. Es wird ein hohes politisches Verdienst Adolf Hitlers sein, wenn es ihm gelingt, deutsche Massen innerlich umzukneten. Aber mehr und mehr steigt in uns eine schwere Sorge auf. Wir müssen uns um des Vaterlandes willen darüber mit den Nationalsozialisten auseinandersetzen. Will der Nationalsozialismus etwa deshalb, weil der deutsche Nationalismus sich kämpfend gegenüber dem deutschen Individualismus, durchsetzen muß, diesen deutschen Individualismus totschlagen?

Damit würde das deutsche Wesen an seiner Wurzel getroffen werden. Alles auseinanderreißend, würde eine neue Kluft der Geister zu dem konfessionellen Zwiespalte hinzutreten, über den der nationale Einheitsgedanke sich gerade anschickt, die Brücke zu schlagen. Es widerspricht innerstem deutschen Wesen, wovon wir da reden hören: nach römischem Faschistenmuster die Dinge von oben her ordnen, statt Saaten auszustreuen und sie von unten her wachsen zu lassen; einem einzelnen Menschen alle Macht geben zu wollen, zugunsten der Auffassungen eines Menschen und eines schwankenden Parteiprogramms unduldsam sein, statt allein zugunsten des Gedankens der inneren nationalen Einheit. Aus dem Schlagworte Legalität heraus allzusehr den Parlamentarismus ernst nehmen, statt sich immer zu erinnern, daß gegenüber den heutigen Zuständen der Nationalismus nur revolutionär sein kann. Mit dem Worte „Sozialismus" ein Spiel treiben, das dies zersetzende Gift in unzählige Seelen träufelt, die bisher dagegen immun waren — dies Gift, das chemisch dem Marxismus in allen wesentlichen Bestandteilen durchaus gleich und das gerade Gegenteil des von uns vertretenen Begriffes „sozial" ist.

Wir lehnen ebenso diese Ziele wie diese Kampfesweise ab. An die Stelle der Kritik muß das unendlich viel Schwerere, der Wiederaufbau, treten. Wir sehnen uns danach, durch solche Arbeit am Chaos vorbeizusteuern. Es heißt jetzt wieder wählen. Aber ich würde den Geist der Jugend nicht verstehen, wenn ich nicht eins hinzufügte: Wir wissen, daß nicht der Stimmzettel, nicht der Parlamentarismus uns den endgültigen Sieg bringt. Wir wollen bei aller Beherrschtheit die Träger national-revolutionärer Jugendkraft sein. Es gibt für uns keinen parlamentarischen Ehrgeiz. Es gibt für uns keine Ministersettscherei. Es gibt nur die Leidenschaft, dem Volke zu dienen und zu helfen. Das Ziel ist Deutschland!

Hitler in Königsberg

Königsberg, 17. Juli. Die Nationalsozialisten veranstalteten heute in Königsberg eine große Kundgebung, zu der zahlreiche SA.-Abteilungen aus der Umgebung zusammengekommen waren. Nach einem dreistündigen Umzug von rund 20 000 SA.- und SS.-Leuten, an dem auch 200 Kraftfahrzeuge des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps teilnahmen, sprach auf dem Walter-Simon-Platz Adolf Hitler. Er erklärte, diese Kundgebung sei nicht eine gewöhnliche Wahlversammlung, in der es um die Stimme für Mandate und Ministersessel gehe, sondern ein Aufmarsch des zur Einigung bereiten Deutschlands. Hitler kritisierte die Politik der letzten 13 Jahre und bezeichnete als das nächste Ziel der NSDAP., die 30 Parteien zu vernichten und alle Stände zusammenzufassen, um endlich von der Zerrissenheit in Parteien loszukommen. Die Nationalsozialisten erstrebten ein starkes Reich, von Menschen bewohnt, die zueinander ständen in Not und Gefahr und sich lossagten von Standesdünkel, Neid und Haß. Ueber allem erhebe sich schon die deutsche Jugend, die das vollenden werde, was begonnen sei. Sinnlos habe man Deutschland gequält, ihm die Macht geraubt und sein Heer aufgelöst. Aber aus dem Leid werde die Erhebung und Vergeltung kommen. Ein Tag zur Erhebung und Vergeltung sei schon der 31. Juli, an dem es um Größeres gehe als um irgendein Regierungskompromiß. Hitler schloß: „Ich habe ein Versprechen zum 31. Juli zu geben: Am 1. August wird unsere Arbeit wieder beginnen, so oder so, ganz gleich, wie der Allmächtige entscheidet, so lange, bis der Augenblick kommt, an dem aus Parteien sich wieder ein Reich erhebt."

Lausanner Regelung – nur provisorisch!

Wie Herriot es auffaßt

Paris, 17. Juli. In der Nachtsitzung der Kammer fragte der Abgeordnete Louis Marin, ob Herriot nicht vor der Vertagung des Parlaments Aufklärung über die Lausanner Konferenz geben wolle. Der Ministerpräsident habe von der Einhaltung der Verträge gesprochen. Was bleibe aber vom Versailler Vertrag übrig? Herriot erwiderte,

die Lausanner Regelung sei nur provisorisch. Sie hänge vom befriedigenden Ergebnis der Schuldenregelung mit Amerika ab.

Also seien die Rechte des Parlaments gewahrt worden. Was die Pauschalsumme von drei Milliarden betreffe, so sei dies immerhin ein Ergebnis, wenn man bedenke, daß Deutschland sich auf seine Zahlungsunfähigkeit berufen habe. Das französische Volk sei der Auffassung, daß es nicht gerecht wäre, wenn Frankreich mehr zahlen solle, als es erhalte. In welcher Lage hätten sich aber die französischen Unterhändler befunden? Welche Verbindung habe es zwischen Schulden und Reparationen gegeben? Der Youngplan habe zwar eine Uebereinstimmung, aber nicht eine rechtliche Verbindung hergestellt. Den französischen Delegierten sei es gelungen, das Gentleman-Agreement durchzusetzen. Herriot erklärte erneut, die Lausanner Regelung sei provisorisch und werde eingefügt in den Rahmen einer Weltregelung. Falle diese zufriedenstellend aus, so werde die Regelung von Lausanne endgültig.

andernfalls werde eben der Youngplan Rechtsgültigkeit behalten.

Er — Herriot — habe das Recht seines Landes gewahrt. Die Lausanner Konferenz sei also ein Erfolg nicht nur für Frankreich, sondern für den Weltfrieden.

•

Diese Antwort hat in den Berliner politischen Kreisen einiges Aufsehen erregt. Herriots Interpretation der Lausanner Regelung läßt sich nach Ansicht der Berliner Kreise nur schwer mit jenen Worten in Einklang bringen, die Herriot fand, als es nach langen Bemühungen gelungen war, einen Abschluß der Konferenz zu erzielen. Ebenso steht seine Ansicht, daß, wenn die Lausanner Regelung nicht endgültig würde, der Youngplan eben Rechtsgültigkeit behielte, in vollem Widerspruch zu dem Standpunkt, der auf der Konferenz selber eingenommen wurde. Macdonald erklärte in der Vollversammlung vom 8. Juli ausdrücklich auf eine Anfrage des Reichskanzlers, daß vor irgendwelchen Maßnahmen eine neue Konferenz einberufen werden müßte.

Klare Marschroute für Genf

Berlin, 17. Juli. Das Reichskabinett hat am Sonnabend in den frühen Nachmittagsstunden seine Beratungen abgebrochen, nachdem die Ausdehnung der Osthilfe auf Bayern beschlossen und die Richtlinien für das Verhalten der deutschen Delegation in Genf bezüglich der Vertagungsabsichten der Abrüstungskonferenz festgelegt worden waren. Der Botschafter Nadolny wird den bekannten deutschen Standpunkt vertreten und gegebenenfalls das deutsche Desinteressement an weiteren Verhandlungen bekunden, wenn die wehrpolitische Gleichberechtigung Deutschlands nicht sichergestellt wird. Im übrigen wurden vom Kabinett laufende innerpolitische Fragen erörtert; Beschlüsse sind nicht gefaßt worden.

Auf die Frage, ob der Reichspräsident die Telegramme der Sozialdemokraten und des Zentrums beantworten werde, wird von zuständiger Stelle jede Auskunft abgelehnt. Wir glauben auch zu wissen, daß ein Entschluß des Reichspräsidenten noch nicht gefaßt ist. In Kreisen der Rechtsparteien wird die Erwartung ausgesprochen, daß der Reichspräsident überhaupt auf die Telegramme gar nicht eingeht, da sie nach Form und Inhalt nicht ernst gemeint wären und keine ernsthafte Bitte an den Reichspräsidenten darstellten, sondern lediglich dem wahlpolitischen Agitationsbedürfnis entsprungen wären. Man steht in Kreisen der Rechtsparteien auf dem Standpunkt, daß es unter der Würde des Reichspräsidenten sei, von solchen Wahlmanövern Notiz zu nehmen.

Stürzende Berge im Moselital

Trier, 17. Juli. In der Nähe des Wolfer-Klosters bei dem Moselort Groev stürzte, wie erst jetzt bekannt wird, Freitag abend wiederum ein Felsblock, diesmal von etwa 1000 Kubikmeter Inhalt, zu Tal. Die Bruchstelle war bereits seit einigen Wochen in Bewegung. Es hat sich jetzt ein Spalt von 80 Zentimeter Breite und 90 Meter Länge gebildet, so daß weitere Felsabstürze zu erwarten sind. Der Absturz kündete sich bereits vormittags durch verdächtiges Knacken im Berge an. Die beim Absturz entstandene Staubwolke hüllte das Moselital längere Zeit in einen gelblichen Schimmer. Die Gefahrenstelle steht nunmehr unter ständiger Bewachung.

Furchtbare Dynamitexplosion in Transvaal

Kimberley, 17. Juli. Bei einer schweren Dynamitexplosion wurden in der Nähe von Magnafsi (Transvaal) acht Personen getötet. 312 Tonnen Dynamit, die mit der Eisenbahn zum „Goldrand" befördert wurden, entzündeten sich aus bisher noch unbekannter Ursache. Die furchtbare Detonation wurde in meilenweitem Umkreis gespürt. Die 34 Wagen des Güterzuges wurden aus den Gleisen geworfen. Wie durch ein Wunder blieb die Maschine unbeschädigt. Mit furchtbarer Gewalt riß die Explosion einen 15 Fuß tiefen und 300 Meter langen Graben in die Erde.

Riesenbrand in der Tschechoslowakei

Prag, 17. Juli. Die tschechoslowakische Gemeinde Kobyly in der Gespanschaft Saris ist von einem schweren Unwetter heimgesucht worden. Eine Scheune wurde vom Blitz getroffen und in Brand gesetzt. Das Feuer, das an dem von der Hitze der letzten Tage ausgedörrten Gebälk reichliche Nahrung fand, breitete sich mit rasender Schnelligkeit aus, so daß in kurzer Zeit 22 Wohnhäuser und eine Reihe von Wirtschaftsgebäuden in Asche gelegt wurden. 140 Personen sind obdachlos. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Kronen geschätzt.

Ein siebentes Todesopfer des „Sperber"-Unglücks. Die Kesselexplosion auf dem Dampfer „Sperber" hat nunmehr ein siebentes Todesopfer gefordert. Alle übrigen Verletzten befinden sich außer Lebensgefahr.

Schießunglück auf einem italienischen Kreuzer

Rom, 17. Juli. Während einer Schießübung mit Flugzeugabwehrgeschützen auf dem Kreuzer „Trieste" explodierte eine Granate vorzeitig kurz nach dem Verlassen des Geschützes. Drei Artilleristen wurden getötet und dreizehn Mann der Besatzung verletzt, darunter drei schwer.

Erfolge der brasilianischen Regierungstruppen

Rio de Janeiro, 17. Juli. Infolge des schwachen Widerstandes der Aufständischen ist es den brasilianischen Regierungstruppen gelungen, bereits größere Teile des Staates Sao Paulo zu besetzen. Ein Seeflugzeuggeschwader der Bundestruppen zerstörte am Sonnabendnachmittag durch Bombenabwurf eine in den Händen der Aufständischen befindliche Munitionsfabrik in Son Bernardo bei Santos. In Militärkreisen rechnet man mit einem Generalangriff der Regierungstruppen zu Beginn dieser Woche.

Neuer Militäraufstand in der Mandschurei

Charbin, 17. Juli. Nach Meldungen aus Kirin haben zwei mandschurische Regimenter gegen die mandschurische Regierung gemeutert. Der Aufstand droht sich auch auf die anderen Provinzen auszudehnen. In Kirin wurde der Ausnahmezustand verhängt. Auf Veranlassung des japanischen Oberkommandos wurden zwei Bombengeschwader nach Kirin abgesandt.

Vermittlung der Kirchen im englisch-irischen Konflikt?

London, 17. Juli. Der Führer der oppositionellen Arbeiterpartei, Lansbury, sandte Telegramme an den Papst, den Erzbischof von Canterbury, den Oberrabbiner, die Oberhäupter der Freien Kirchengemeinden, in denen er sie dringend um eine gemeinschaftliche Vermittlung im englisch-irischen Konflikt ersucht, damit dieser durch ein schiedsrichterliches Verfahren beigelegt werde.

Die Ziele der Deutschen Volkspartei

Dr. Schneider vor einer Dresdner Wählerversammlung

In einer öffentlichen Wählerversammlung der Deutschen Volkspartei, Ortsgruppe Dresden, in der Kaufmannschaft, die unter der Leitung von Stadtrat Moberegger stand, sprach der Spitzenkandidat Dr. Rudolph Schneider über die Ziele der Deutschen Volkspartei. Aufbau und Freiheit seien die positiven Ziele der Partei. Freiheit nach außen und innen zu gewinnen und zu sichern, sei die Voraussetzung des Aufbaus. Nationale Politik verstehe sich von selbst. Ehe die Ketten von Versailles nicht zerbrochen seien, gebe es keine Freiheit. Der Kampf gegen die Kriegsschuldlüge, gegen die Absprechung der Gleichberechtigung betreffe Ehrenfragen, die zugleich Fragen der Wehrlosigkeit seien. Unsere Wehrlosigkeit berge in sich eine tödliche Gefahr. Das gelte namentlich hinsichtlich der Ostgrenze. Am Anfang dieses Jahres habe die Kriegsgefahr dort gestanden. Polen rüste mit französischer Hilfe, uns aber sei jede Möglichkeit der Verteidigung selbst gegen Luftangriffe genommen. Hier müsse jeder Schritt der Abwehr unternommen werden.

Dazu trete die Kolonialfrage. In Amerika werde vorgeschlagen, unsere Kolonien gegen die Schulden der Alliierten abzugleichen. Wo bleibe da der Protest des Auswärtigen Amtes. Papen habe leider nicht nur an Entschiedenheit viel vermissen lassen, er habe nicht einmal einen glücklichen Griff gehabt. Außer den Zahlungen, habe Lausanne auch einen Frontwechsel Englands zu Frankreich gebracht. Italien, das immer mit England zusammengehen müsse, werde folgen. Papen habe einen Anlauf genommen, die Kriegsschuldlüge zu beseitigen, aber er habe sich über den Erfolg keine Klarheit verschafft. So sei der Kampf schwieriger geworden. Der Wechsel von Brüning zu Papen sei kein Fortschritt unserer auswärtigen Politik gewesen.

Im Innern vertrete die Deutsche Volkspartei liberale freiheitliche Politik. Zur Wahlreform sei Heraufsetzung des Wahlalters auf 25 Jahre zu fordern. Im Vordergrund stehe die fürchterliche wirtschaftliche Not. Politik bedeute heute in erster Linie Mittel und Wege zu ersinnen, die aus dieser Not herausführen. Die Arbeitsdienstorganisation der Regierung sei zu begrüßen. Es müsse sich dabei nicht nur darum handeln, wirtschaftliche Werte zu schaffen, sondern die seelische Leere der arbeitslosen Jugend wieder zu beseitigen. Aehnliche Grundsätze müßten auch für die Siedlung gelten. Das Kabinett Papen müßte darauf hingewiesen werden, daß der Schutz der Landwirtschaft nicht nur auf Kosten der Industrie erfolgen dürfe. Trotz des hohen Butterzolles klage die Landwirtschaft über niedrige Preise, weil der Käufer fehle. Wenn der Export noch mehr gedrosselt werde, müsse sich das auch auf die Landwirtschaft auswirken. Wichtiger als Zölle sei die Entschuldung der Landwirtschaft.

Die Mittel für die Arbeitsbeschaffung seien leider nur gering. Anleihen und neue Steuern kämen nicht in Betracht. Eingehend beschäftigte sich der Redner mit den Arbeitsbeschaffungsplänen Strassers, die durch eine produktive Kreditausweitung finanziert werden sollten. Das bedeute aber eine Gefährdung der Währung. Auch eine geringe Notenvermehrung müsse bereits Nervosität, Kündigung der Sparkassenguthaben, Flucht in die Sachwerte in einem inflationsverfahrenen Volk zur Folge haben.

Zur Frage des Sozialismus erklärte der Redner, Marx habe die Aufsaugung der kleinen und mittleren Betriebe in der Krise durch die großen prophezeit. Diese These sei in dieser Krise völlig widerlegt worden. Die Riesen hätten sich, wie das Schicksal der Großbanken, der Großschiffahrt, der Stahlwerke, Lahusens usw. beweise, besonders verblüffend gezeigt. Fehler, die diese unübersichtlich gewordenen Betriebe begingen, mußten sich verhängnisvoll auswirken. Sozialisierung steigere diese Fehler des Großbetriebes. Für die Defizite der Staats- oder Gemeinwirtschaft müsse immer wieder der Steuerzahler aufkommen.

Der Gedanke, daß jedes Volk sich mit einer chinesischen Mauer umgebe, und nur das verzehre, was es erzeugt, sei eine Utopie. Wenn man dagegen unter Autarkie Schutz der nationalen Erzeugung verstehe, so sei das zu billigen. Allerdings dürfe der Schutz nicht so weit gehen, daß er Gegenmaßnahmen des Auslandes zur Folge habe, die unsere Ausfuhr gefährdeten. Es gehe heute nicht um Parteischicksale, sondern um das Schicksal des Volkes. Der Redner fand lebhaften Beifall eines Großteils der Versammlung.

In der Aussprache sprach Herr Zeidler für die Deutschnationale Volkspartei. Er betonte die Notwendigkeit einer starken nationalen und bürgerlichen Politik nach innen und außen, wie sie Hugenberg im Kampf gegen den Sozialismus in jeder Form vertrete. Die bürgerliche Mitte habe dem Marxismus durch ihre Koalitionspolitik erst den verhängnisvollen Einfluß auf Staat und Wirtschaft ermöglicht. Daran sei sie zugrunde gegangen. Nachdem noch zwei weitere Deutschnationale, ein nationalsozialistischer Redner und eine sozialdemokratische Rednerin sprachen, nahm Dr. Schneider das Schlußwort. Er betonte, daß das Bürgertum in diesem Wahlkampf einig sein müsse.

Es bleibt bei 19 Wahllisten in Ostsachsen

Dresden, 17. Juli. Der Wahlkreisausschuß im Wahlkreis Dresden-Bautzen genehmigte am Sonnabend die Zulassung folgender 19 Vorschlagslisten zur Reichstagswahl: 1. SPD.; 2. NSDAP.; 3. KPD.; 4. Deutsche Zentrumspartei; 5. Deutschnationale Volkspartei; 6. Deutsche Volkspartei; 7. Wirtschaftspartei; 8. Deutsche Staatspartei; 10. Deutsches Landvolk; 11. Christlich-sozialer Volksdienst; 11a. Volksrechtpartei. 17. Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands.

Die unbesetzten Nummern der Reichstagswahlvorschläge sind im Wahlkreis Ostsachsen nicht vertreten. Folgende Wahlvorschläge sind zunächst ohne Nummer, die erst später festgesetzt wird, genehmigt worden: Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern; Nationalsozialistische Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer; Nationalsozialistischer Volksbund für Wahrheit und Recht; Polen; Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands (christlich-radikale Volksfront); Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands; Gerechtigkeitsbewegung für Parteiverbot, gegen Lohn-, Gehalts- und Rentenkürzung, für Arbeitsbeschaffung.

Zurückgewiesen wurden drei Wahlvorschläge, die der Deutsch-sozialistischen Kampfbewegung, der Unitaristen (Einheitsbewegung aller Schaffenden) und die der Partei volksschulgebildeter Staatsbürger Deutschlands (Kanalbaubewegung) des entmündigten „Kanalbauers" Wirth in Wartha. Diese drei Listen sind wegen formaler Verstöße zurückgewiesen worden, die letztgenannte Liste auch schon 1930.

Die obengenannten nationalsozialistischen Listen der Kleinrentner und des Volksbundes sind auf Verlangen der Antragsteller gegen den Willen der NSDAP. mit deren Reichsliste verbunden worden. Die NSDAP. legte hiergegen Einspruch ein und stimmte auch gegen die Zulassung, die aber gemäß den gesetzlichen Bestimmungen mit 4 gegen 1 Stimme genehmigt werden mußte. Bei der Beratung über die Zulassung dieser bei den umkämpften Listen gaben die anwesenden nationalsozialistischen Zuhörer wiederholt ihrem Unmut über diese Querlisten Ausdruck.

Hitzewelle in USA.

20 Todesfälle

Chikago, 17. Juli. Gegenwärtig leiden die Staaten des mittleren Westens unter einer Hitzewelle. Das Thermometer hat am Freitag 38 Grad Celsius erreicht. Bisher sind mehr als 20 Todesfälle infolge der ungeheuren Hitze gemeldet worden.